

---

## S 7 R 972/20

### Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

#### 1. Instanz

Aktenzeichen	S 7 R 972/20
Datum	22.02.2021

#### 2. Instanz

Aktenzeichen	L 8 R 207/21
Datum	25.08.2021

#### 3. Instanz

Datum	18.04.2024
-------	------------

Â

Auf die Revision der Beklagten wird das Urteil des Landessozialgerichts NordrheinWestfalen vom 25.Â AugustÂ 2021 aufgehoben und die Berufung des KlÃ¤gers gegen das Urteil des Sozialgerichts KÃ¶ln vom 22.Â FebruarÂ 2021 zurÃ¼ckgewiesen.

Kosten sind in allen RechtszÃ¼gen nicht zu erstatten.

G r Ã¼ n d e :

I

1  
Streitig ist die Neuberechnung der groÃen Witwerrente des KlÃ¤gers.

2  
Der KlÃ¤ger ist der hinterbliebene Ehemann der am 17.10.2018 verstorbenen VersichertenÂ W. Diese war im Zeitraum vom 1.4.1969 bis zum 31.7.1989 bereits

---

einmal verheiratet gewesen. Die Ehe wurde mit Urteil des AG Rheinbach vom 26.6.1990 (6. F 200/89) geschieden und zugunsten der Versicherten ein Versorgungsausgleich durchgeführt. Es wurden Rentenanwartschaften des früheren Ehemannes in Höhe von monatlich 1323,06 DM übertragen. Am 26.10.1990 heiratete die Versicherte den Kläger. Ab dem 1.6.2011 bezog sie von der Beklagten eine Regelaltersrente, bei der zuletzt 44,0233 persönliche Entgeltpunkte (pEP), die in Höhe von 34,4670 Entgeltpunkten (EP) auf dem Versorgungsausgleich beruhten, zugrunde gelegt wurden.

3

Auf den Antrag des Klägers vom 29.10.2018 bewilligte die Beklagte ihm mit Bescheid vom 20.12.2018 ab dem 1.11.2018 eine große Witwerrente. Den monatlichen Zahlbetrag errechnete sie mit 687,14 Euro. Die hierbei berücksichtigten pEP entsprachen denjenigen der zuletzt an die Versicherte gewährten Altersrente. Mit Bescheid vom 22.3.2019 berechnete die Beklagte die Hinterbliebenenrente aufgrund eines höheren Zuschlags für Kindererziehung neu. Diese belief sich unter Berücksichtigung von nunmehr 45,0233 pEP auf einen monatlichen Zahlbetrag in Höhe von 704,29 Euro ab dem 1.2.2019 und 705,85 Euro ab dem 1.3.2019.

4

Bereits am 17.11.2018 beantragte der frühere Ehemann der Versicherten, das Urteil vom 26.6.1990 hinsichtlich des Versorgungsausgleichs abzuändern und einen Versorgungsausgleich nicht stattfinden zu lassen. Diesem Antrag gab das AG Bonn durch Beschluss vom 9.8.2019 mit Wirkung zum 1.12.2018 statt (410 F 6/19). Die hiergegen vom Kläger erhobene Beschwerde wies das OLG Köln mit Beschluss vom 23.1.2020 zurück (27 UF 150/19).

5

Nachdem die Beklagte hiervon im März 2020 Kenntnis erlangt hatte, hob sie mit Bescheid vom 8.4.2020 den bisherigen Witwerrentenbescheid hinsichtlich der Rente in Höhe ab dem 1.4.2020 auf. Die Leistung aus dem Versorgungsausgleich stehe ab dem 1.12.2018 dem früheren Ehemann zu. Die Beklagte berücksichtigte für die Witwerrente nunmehr nur noch 10,5563 pEP und berechnete den laufenden Zahlbetrag ab dem 1.4.2020 mit 117,17 Euro. Den hiergegen erhobenen Widerspruch wies sie mit Widerspruchsbescheid vom 28.8.2020 zurück.

6

Das SG hat die Klage abgewiesen (Urteil vom 22.2.2021). Auf die Berufung des Klägers hat das LSG das erstinstanzliche Urteil geändert und den Bescheid vom 8.4.2020 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 28.8.2020 aufgehoben (Urteil vom 25.8.2021). Zudem hat es der Beklagten gemäß [§ 192 Abs 1 Satz 1 Nr 2 SGG](#) Kosten in Höhe von 500 Euro auferlegt. Es bestehe keine Rechtsgrundlage dafür, die große Witwerrente aus Anlass der Abänderung des Versorgungsausgleichs teilweise aufzuheben. [§ 101 Abs 3 SGB VI](#) erfasse unter Berücksichtigung von Wortlaut, Systematik, Sinn und Zweck sowie Gesetzeshistorie nicht die unmittelbare Kürzung einer Hinterbliebenenrente,

---

sondern betreffe originär nur die von der Änderung des Versorgungsausgleichs betroffenen selbst leistungsberechtigten Ehepartner. Insbesondere verdränge die Vorschrift nicht die zugunsten des Klägers greifende besitzschützende Regelung des [§ 88 Abs 2 SGB VI](#). Der Gesetzgeber habe der Sicherung des Lebensstandards auf bisherigem Niveau Vorrang vor einer Kostenneutralität des Versorgungsausgleichs eingeräumt.

7

Mit der vom Senat zugelassenen Revision (Beschluss vom 6.7.2022) räumt die Beklagte eine Verletzung von [§ 101 Abs 3 SGB VI](#) sowie [§ 88 Abs 2 Satz 1 SGB VI](#). Aufgrund der familiengerichtlichen Abänderungsentscheidung sei sie gemäß [§ 101 Abs 3 SGB VI](#) ermächtigt und verpflichtet gewesen, den Verwaltungsakt über die Höhe der Rente teilweise aufzuheben und den monatlichen Rentenbetrag herabzusetzen. Leistungsberechtigte Person ist von [§ 101 Abs 3 SGB VI](#) sei auch der Hinterbliebene mit Anspruch auf Hinterbliebenenrente. Mit der Neuregelung des [§ 101 Abs 3 SGB VI](#) zum 1.9.2009 habe der Gesetzgeber der Kostenneutralität besondere Bedeutung beigemessen. Das Normverständnis des LSG führe hingegen zu einer doppelten Berücksichtigung des ermittelten Wertausgleichs, nämlich einerseits bei dem früheren Ehegatten der verstorbenen Versicherten, andererseits beim Kläger und konterkariere im Ergebnis die zivilrechtliche Rechtsprechung. Die Besserstellung des ausgleichspflichtigen früheren Ehegatten sei Folge der Gesetzeslage, die eine Totalrevision des Versorgungsausgleichs vorsehe und eine Neubegründung von Anrechten zugunsten Verstorbener nicht zulasse. [§ 88 Abs 2 SGB VI](#) entfalte gegenüber einer nach Rentenbeginn durchgeführten Neubestimmung der pEP nach [§ 101 Abs 3 SGB VI](#) keine Sperrwirkung.

8

Die Beklagte beantragt,

das Urteil des Landessozialgerichts NordrheinWestfalen vom 25. August 2021 aufzuheben und die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts Köln vom 22. Februar 2021 zurückzuweisen.

9

Der Kläger beantragt,

die Revision der Beklagten zurückzuweisen.

10

Er hält die angefochtene Entscheidung für zutreffend.

II

11

Die kraft Zulassung durch das BSG statthafte ([§ 160 Abs 1 und 3 SGG](#)) und zulässige Revision der Beklagten ist begründet ([§ 170 Abs 2 Satz 1 SGG](#)). Zu Unrecht hat das LSG der Berufung des Klägers stattgegeben.

---

12

I.Â Gegenstand des Revisionsverfahrens ist neben der Entscheidung des LSG der Bescheid vom 8.4.2020 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 28.8.2020, mit dem die Beklagte die groÃe Witwerrente des KlÃ¤gers hinsichtlich der RentenhÃ¶he ab dem 1.4.2020 aufhob und neu festsetzte und dabei die auf dem Versorgungsausgleich beruhenden EP nicht mehr berÃ¼cksichtigte. Die statthafte Anfechtungsklage ([Â§ 54 Abs 1 Satz 1 SGG](#)) des KlÃ¤gers zielt auf eine Aufhebung dieses Bescheids und WeitergewÃ¤hrung der bisherigen Witwerrente auf Grundlage von zuletzt 45,0233Â pEP.

13

II.Â Der angefochtene Bescheid ist rechtmÃÃig und verletzt den KlÃ¤ger nicht in seinen Rechten. Dem KlÃ¤ger steht ab dem 1.4.2020 Hinterbliebenenrente lediglich auf der Grundlage von 10,5563Â pEP zu.

14

1.Â Rechtsgrundlage fÃ¼r die Neuberechnung der groÃen Witwerrente ist [Â§ 101 Abs 3 Satz 3](#) iVm Satz 1 und 2 SGB VI (in der seit dem 1.9.2009 geltenden Fassung des Gesetzes zur Strukturreform des Versorgungsausgleichs vom 3.4.2009, [BGBl I 700](#)). Nach dieser Vorschrift wird, wenn nach Beginn der Rente ein Versorgungsausgleich durchgefÃ¼hrt ist, die Rente der leistungsberechtigten Person von dem Kalendermonat an um ZuschlÃ¤ge oder AbschlÃ¤ge an Entgeltpunkten verÃ¤ndert, zu dessen Beginn der Versorgungsausgleich durchgefÃ¼hrt ist (Satz 1). Der Rentenbescheid ist mit Wirkung von diesem Zeitpunkt an aufzuheben; die [Â§ 24](#) und [Â§ 48](#) des Zehnten Buches sind nicht anzuwenden (Satz 2). Bei einer rechtskrÃ¤ftigen AbÃ¤nderung des Versorgungsausgleichs gelten die [SÃ¤tze 1](#) und [2](#) mit der MaÃgabe, dass auf den Zeitpunkt nach [Â§ 226 Abs 4](#) des Gesetzes Ã¼ber das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) abzustellen ist (Satz 3). Diese Voraussetzungen liegen vor.

15

a)Â [Â§ 101 Abs 3 Satz 3](#) iVm Satz 1 und 2 SGB VI ermÃchtigt und verpflichtet die RentenversicherungstrÃ¤ger, fÃ¼r den Fall der rechtskrÃ¤ftigen AbÃ¤nderung eines Versorgungsausgleichs auch eine Hinterbliebenenrente anzupassen. Die Vorschrift erfasst mit dem Tatbestandsmerkmal âRente der leistungsberechtigten Personâ in [Abs 3 Satz 1](#) Hinterbliebenenrenten ebenso wie Versichertenrenten.

16

aa)Â Das entspricht dem allgemeinen Sprachgebrauch im SGB VI. Hinterbliebene haben eigene RentenansprÃ¼che und zÃ¤hlen damit zum Kreis der leistungsberechtigten Personen. Zu den Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung gehÃ¶ren nach [Â§ 23 Abs 1 Nr 1 Buchst c SGB I](#) Renten wegen Todes. Nach [Â§ 33 Abs 4 SGB VI](#) fallen hierunter die kleine Witwenrente oder Witwerrente (Nr 1), die groÃe Witwenrente oder Witwerrente (Nr 2), die Erziehungsrente (Nr 3) und die Waisenrente (Nr 4). Die einzelnen Anspruchsvoraussetzungen dieser Hinterbliebenenleistungen sind in den [Â§ 46](#)

---

Ä ff SGBÄ VI bestimmt. Werden die Voraussetzungen erfÄ¼llt, besteht Ä auch wenn das Recht auf Hinterbliebenenrente an das RechtsverhÄ¼ltnis zwischen dem Versicherten und dem RentenversicherungstrÄ¼ger anknÄ¼pftÄ ein eigenstÄ¼ndiges Recht des Hinterbliebenen auf entsprechende Rentenleistungen (vgl BSG Urteil vom 20.3.2013 Ä [BÄ 5Ä R 2/12Ä RÄ](#) SozRÄ 42600 Ä§Ä 88 NrÄ 2 RdNrÄ 16 mwN; BSG Urteil vom 24.4.2014 Ä [BÄ 13Ä R 25/12Ä RÄ](#) SozR 42600 Ä§Ä 88 NrÄ 3 RdNrÄ 17; BSG Urteil vom 20.1.2021 Ä [BÄ 13Ä R 5/20Ä RÄ](#) [BSGE 131. 202](#) = SozR 42600 Ä§Ä 88 NrÄ 4, RdNrÄ 22). Der Begriff des Leistungsberechtigten wird auch an anderer Stelle im SGBÄ VI verwendet, ohne dass dort Ä zB in [Ä§Ä 119 AbsÄ 4 SatzÄ 2 SGBÄ VI](#)Ä Anhaltspunkte dafÄ¼r bestehen, dass Hinterbliebene davon nicht umfasst sein sollen. [Ä§Ä 151a AbsÄ 1 SGBÄ VI](#) spricht ausdrÄ¼cklich von âVersicherten und anderen Leistungsberechtigtenâ und erfasst damit als âandere Leistungsberechtigteâ auch Hinterbliebene (vgl zB Diel in Hauck/Noftz, SGBÄ VI, Stand 5/2020, Ä§Ä 151a RdNrÄ 14).

17

bb)Ä Dass vom Begriff der leistungsberechtigten Person iS des [Ä§Ä 101 AbsÄ 3 SatzÄ 1 SGBÄ VI](#) demgegenÄ¼ber lediglich die im Versorgungsausgleich ausgleichsberechtigten oder pflichtigen Personen, also die Ehegatten selbst, erfasst werden, ergibt sich weder aus den Ä¼brigen AbsÄ¼tzen des [Ä§Ä 101 SGBÄ VI](#) noch sonst aus dem SGBÄ VI. Die Vorschrift enthÄ¼lt Sonderregelungen fÄ¼r bestimmte Sachverhalte und zwar in den AbsÄ¼tzenÄ 1, 1a undÄ 2 fÄ¼r den Beginn von befristeten Renten, in den AbsÄ¼tzenÄ 3, 3a undÄ 3b fÄ¼r die Aufhebung eines Rentenbescheids im Zusammenhang mit einem Versorgungsausgleich und mit HÄ¼rtefÄ¼llen aufgrund eines Versorgungsausgleichs sowie in den AbsÄ¼tzenÄ 4 undÄ 5 nach DurchfÄ¼hrung eines Rentensplittings. Die Formulierung âRente der leistungsberechtigten Personâ bzw. âRentenbescheid der leistungsberechtigten Personâ findet sich allein in den AbsÄ¼tzenÄ 3, 3a undÄ 3b. Der Umstand, dass die AbsÄ¼tzeÄ 2 (Beginn der befristeten Hinterbliebenenrente wegen Minderung der ErwerbsfÄ¼higkeit) undÄ 5 (Beginn der BerÄ¼cksichtigung einer VerÄ¼nderung einer Waisenrente nach DurchfÄ¼hrung eines Rentensplittings) gesonderte Regelungen fÄ¼r Hinterbliebenenrenten enthalten, lÄ¼sst keinen RÄ¼ckschluss darauf zu, dass [Ä§Ä 101 SGBÄ VI](#) Hinterbliebene nur im Fall ihrer ausdrÄ¼cklichen ErwÄ¼hnung erfasst. Vielmehr entspricht es einem klaren systematischen Gesetzesaufbau, nur dort (ausdrÄ¼ckliche) differenzierende Regelungen zu treffen, wo die Unterschiede von Versicherten und Hinterbliebenenrenten dies nach dem Regelungsziel des Gesetzgebers erfordern. Wenn in [Ä§Ä 101 AbsÄ 3 SGBÄ VI](#), anders als in anderen AbsÄ¼tzen der Vorschrift, keine solche Differenzierung erfolgt und stattdessen der allgemeine Oberbegriff Ä âleistungsberechtigte PersonâÄ verwendet wird, spricht dies dafÄ¼r, dass nicht nur Versicherte, sondern auch andere Leistungsberechtigte wie die Hinterbliebenen in den Anwendungsbereich der Regelung einbezogen sind.

18

Ein solches VerstÄ¼ndnis steht auch im Einklang mit den Gesetzesmaterialien und dem Sinn und Zweck des [Ä§Ä 101 AbsÄ 3 SGBÄ VI](#). Die Vorschrift wurde mit dem VAStrRefG, das den Versorgungsausgleich grundlegend umstrukturierte, zum 1.9.2009 neu gefasst (siehe zur Ä¼bergangsregelung des [Ä§Ä 268a AbsÄ 2 SGBÄ VI](#):

---

BSG Urteil vom 22.2.2024 [BÄ 5Ä R 12/22Ä RÄ](#) zur VerÄffentlichung in SozR (vorgesehen). Infolge der neuen Struktur des Versorgungsausgleichs, insbesondere mit dem Grundsatz der internen Teilung aller Anrechte, sah der Gesetzgeber es als erforderlich an, Regelungen zu schaffen, die den RentenversicherungstrÄger vor Äberzahlungen schÄtzen, wenn zulasten der leistungsberechtigten Person ein Versorgungsausgleich oder eine AbÄnderung des Versorgungsausgleichs durchgefÄhrt wird. Dies sollte mit [ÄÄ 101 AbsÄ 3 SatzÄ 1 bisÄ 3 SGBÄ VI](#) geschehen (vgl [BTDrucks 16/10144 SÄ 100](#)). Anhaltspunkte dafÄr, dass bei Hinterbliebenenrenten die allgemeinen Regeln der [ÄÄÄ 24, 48 SGBÄ X](#) und nicht die neu geschaffene spezielle Aufhebungsvorschrift gelten sollten, sind nicht ersichtlich.

19

b)Ä Eine AbÄnderung des Versorgungsausgleichs iS des [ÄÄ 101 AbsÄ 3 SatzÄ 3 SGBÄ VI](#) erfolgt auch im Fall einer RÄckabwicklung des Versorgungsausgleichs, bei der im Ergebnis ein Ausgleich nicht mehr stattfindet. Wurde Ä wie hierÄ der Versorgungsausgleich auf der Grundlage des bis zum 31.8.2009 geltenden Rechts im Sinne eines Einmalausgleichs durchgefÄhrt, erÄffnet [ÄÄ 51 VersAusglG](#) im Falle einer wesentlichen WertÄnderung auf Antrag die MÄglichkeit der AbÄnderung des Versorgungsausgleichs mit der Folge, dass dann das ab dem 1.9.2009 geltende Recht Anwendung findet. Hiervon ist nicht nur das von der WertÄnderung betroffene Anrecht erfasst, sondern es sind im Sinne einer Totalrevision sÄmtliche in die Erstentscheidung einbezogene Anrechte nach den [ÄÄÄ 9 bisÄ 19 VersAusglG](#) neu zu teilen (stRspr; BGH Beschluss vom 5.6.2013 [Ä XIIÄ ZB 635/12Ä](#) juris RdNrÄ 16Ä ff; BGH Beschluss vom 16.5.2018 [Ä XIIÄ ZB 466/16Ä](#) juris RdNrÄ 14; BGH Beschluss vom 20.6.2018 [Ä XIIÄ ZB 624/15Ä](#) juris RdNrÄ 10; BGH Beschluss vom 5.2.2020 [Ä XIIÄ ZB 147/18Ä](#) juris RdNrÄ 22). In der familienrechtlichen Praxis findet der Wertausgleich bei einem Versorgungsausgleich, der nach dem Tod eines Ehegatten durchgefÄhrt wird, nur noch zugunsten des Äberlebenden frÄheren Ehegatten statt, weil [ÄÄ 31 VersAusglG](#) eine NeubegrÄndung von Versorgungsanrechten zugunsten von Verstorbenen nicht zulÄsst. Der ursprÄnglich allein ausgleichspflichtige, Äberlebende Ehegatte erhÄlt in der Folge sein wÄhrend der Ehezeit erworbenes Anrecht ab dem Zeitpunkt der Antragstellung ungeteilt zurÄck (vgl BGH Beschluss vom 20.6.2018 [Ä XIIÄ ZB 624/15Ä](#) juris RdNrÄ 10Ä ff mwN auch zur Gegenauffassung). Die damit verbundene Besserstellung des Äberlebenden Ausgleichspflichtigen und die mÄglichen EinschrÄnkungen in der Versorgung der Hinterbliebenen des verstorbenen Ausgleichsberechtigten sieht der BGH als unvermeidbare Folge einer Gesetzeslage an, welche einerseits im AbÄnderungsverfahren eine Totalrevision des Versorgungsausgleichs nach den Regeln des neuen Rechts anordnet, andererseits keine NeubegrÄndung von Versorgungsanrechten zugunsten Verstorbener vorsieht (vgl BGH Beschluss vom 5.6.2013 [Ä XIIÄ ZB 635/12Ä](#) juris RdNrÄ 27; BGH Beschluss vom 16.5.2018 [Ä XIIÄ ZB 466/16Ä](#) juris RdNrÄ 14; BGH Beschluss vom 20.6.2018 [Ä XIIÄ ZB 624/15Ä](#) juris RdNrÄ 10). Mit Eintritt ihrer formellen und materiellen Rechtskraft entfaltet die familienrechtliche Entscheidung Äber den Versorgungsausgleich auch Bindungswirkung gegenÄber den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit (BSG Urteil vom 21.3.2018 [BÄ 13Ä R 17/15Ä RÄ](#) SozR 42600 ÄÄ 225 NrÄ 3 RdNrÄ 20).

---

20

c) Nach diesen Maßstäben erfolgte hier eine rechtskräftige Abänderung des Versorgungsausgleichs iS des [Â§Â 101 AbsÂ 3 SatzÂ 3 SGBÂ VI](#). Wie das LSG mit bindender Wirkung ([Â§Â 163 SGG](#)) festgestellt hat, wurde die Entscheidung über den Versorgungsausgleich zwischen der Versicherten und ihrem früheren Ehemann vom 26.6.1990 nach ihrem Versterben mit Wirkung zum 1.12.2018 dahingehend abgeändert, dass der Versorgungsausgleich nicht stattfindet. Die EP, die auf der Grundlage des früheren Versorgungsausgleichs mit Urteil des AG Rheinbach vom 26.6.1990 auf das Versichertenkonto der verstorbenen Versicherten als Zuschlag iS von [Â§Â 76 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGBÂ VI](#) übertragen worden waren (34,4670 EP), mussten daher zurückübertragen und die große Witwerrente des Klägers lediglich noch auf der Grundlage von 10,5563 pEP berechnet werden.

21

Die Beklagte war auch berechtigt, die Witwerrente des Klägers (erst) ab dem 1.4.2020 neu zu berechnen. Maßgeblicher Zeitpunkt, ab dem die rechtskräftige Abänderung eines Versorgungsausgleichs zu berücksichtigen ist, ist nach [Â§Â 101 AbsÂ 3 SatzÂ 3 SGBÂ VI](#) iVm [Â§Â 226 AbsÂ 4 FamFG](#) grundsätzlich der erste Tag des Monats, der auf den Monat der Antragstellung beim Familiengericht folgt. Dies wäre hier aufgrund des Antrags des früheren Ehemannes der Versicherten am 17.11.2018 bereits der 1.12.2018 gewesen. Für die Zeit bis zum 31.3.2020 zahlte die Beklagte dem Kläger aber noch die ungeminderte Rente. Nach [Â§Â 101 AbsÂ 3 SatzÂ 4 SGBÂ VI](#) iVm [Â§Â 30 VersAusglG](#) wird der Versorgungsträger nach einer rechtskräftigen Entscheidung über den Versorgungsausgleich für eine Übergangszeit längstens bis zum letzten Tag des Monats, der dem Monat folgt, in dem der Versorgungsträger von der Rechtskraft der Entscheidung Kenntnis erlangt hat ([Â§Â 30 AbsÂ 2 VersAusglG](#)) von der Leistungspflicht an den nunmehr Berechtigten befreit, wenn er in dieser Zeit bereits Leistungen an den bisherigen Berechtigten gezahlt hat.

22

2. [Â§Â 88 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGBÂ VI](#) (idF der Neubekanntmachung vom 19.2.2002, [BGBl I 754](#)) steht der Aufhebung des Rentenbescheids vom 20.12.2018 und der Renten Neuberechnung ohne Berücksichtigung der dem ursprünglichen Versorgungsausgleich entstammenden EP nicht entgegen. Nach dieser Norm werden einer Hinterbliebenenrente mindestens die bisherigen pEP des verstorbenen Versicherten zugrunde gelegt, wenn der verstorbene Versicherte eine Rente aus eigener Versicherung bezogen hat und die Hinterbliebenenrente spätestens innerhalb von 24 Kalendermonaten nach Ende des Bezugs dieser Rente beginnt.

23

a) Die Voraussetzungen der Besitzschutzregelung des [Â§Â 88 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGBÂ VI](#) waren hier bei Bewilligung der Hinterbliebenenrente des Klägers erfüllt. Die Versicherte bezog bis zum 31.10.2018, dem Ende des Sterbemonats ([Â§Â 102 AbsÂ 5 SGBÂ VI](#)), eine Altersrente aus eigener Versicherung. Die Hinterbliebenenrente des Klägers in Form einer großen Witwerrente ([Â§Â 46 AbsÂ 2 SGBÂ VI](#)) begann nahtlos am 1.11.2018 und mithin innerhalb von 24 Kalendermonaten nach Ende des Bezugs der Altersrente der Versicherten. Die

---

Beklagte legte der Hinterbliebenenrente daher zutreffend zunächst die bisherigen pEP der verstorbenen Versicherten iHv 44,0233 pEP (Bescheid vom 20.12.2018) zugrunde. Bei der Bemessung der Hinterbliebenenrente wurde zu Recht auch nicht zwischen besitzgeschützten und nicht besitzgeschützten pEP unterschieden. Vielmehr erstreckte sich der Besitzschutz bzw Bestandsschutz zugunsten des Klägers auf die pEP der Versicherten in ihrer Gesamtheit (vgl BSG Urteil vom 20.3.2013 [BÄ 5Ä R 2/12Ä RÄ](#) SozR 42600 Ä§Ä 88 NrÄ 2 RdNrÄ 18; BSG Urteil vom 24.4.2014 [BÄ 13Ä R 25/12Ä RÄ](#) SozR 42600 Ä§Ä 88 NrÄ 3 RdNrÄ 23; BSG Urteil vom 20.1.2021 [BÄ 13Ä R 5/20Ä RÄ](#) [BSGE 131, 202](#) = SozR 42600 Ä§Ä 88 NrÄ 4, RdNrÄ 28).

24

b) Gleichwohl durfte (und musste) die Beklagte die Witwerrente des Klägers gemäß [Ä§Ä 101 AbsÄ 3 SatzÄ 3](#) iVm SatzÄ 1 undÄ 2 SGBÄ VI um einen entsprechenden Abschlag an EP verändern, nachdem die nachträgliche Änderung des Versorgungsausgleichs nach [Ä§Ä 51 AbsÄ 1 VersAusglG](#) erfolgt war.

25

Nach [Ä§Ä 88 AbsÄ 2 SatzÄ 1 SGBÄ VI](#) bestimmt sich die Höhe des Hinterbliebenenrentenanspruchs nach den bisherigen pEP des verstorbenen Versicherten. Demgegenüber ermöglicht [Ä§Ä 101 AbsÄ 3 SatzÄ 3](#) iVm SatzÄ 1 undÄ 2 SGBÄ VI eine Anpassung der Hinterbliebenenrente für den Ausnahmefall der Abänderung des Versorgungsausgleichs und der damit verbundenen nachträglichen Änderung der EP des Versicherten, die der Hinterbliebenenrente zugrunde liegen (vgl [Ä§Ä 66 AbsÄ 2 NrÄ 2 SGBÄ VI](#)). Die Unterschiede werden auch an den Regelungsstandorten deutlich. Während [Ä§Ä 88 SGBÄ VI](#) zu den Vorschriften zur Ermittlung des Monatsbetrags der Rente in Sonderfällen gehört, die den fünften Titel des Dritten Unterabschnitts des Zweiten Abschnitts des Zweiten Kapitels bilden, befindet sich [Ä§Ä 101 SGBÄ VI](#) bei den Vorschriften zu u.a. der Änderung von Renten, die den fünften Unterabschnitt des Zweiten Abschnitts des Zweiten Kapitels bilden. Angesichts dieser unterschiedlichen Regelungsbereiche stellt sich die von der Beklagten aufgeworfene Frage nicht, ob [Ä§Ä 101 AbsÄ 3 SGBÄ VI](#) als lex specialis oder als lex posterior der Vorrang gegenüber [Ä§Ä 88 AbsÄ 2 SatzÄ 1 SGBÄ VI](#) gebührt. Das LSG hat im Übrigen insofern zu Recht darauf hingewiesen, dass auch die Umgestaltung des Versorgungsausgleichs die Regelung des [Ä§Ä 88 AbsÄ 2 SatzÄ 1 SGBÄ VI](#) unangetastet gelassen hat (vgl auch BSG Urteil vom 20.3.2013 [BÄ 5Ä R 2/12Ä RÄ](#) SozR 42600 Ä§Ä 88 NrÄ 2 RdNrÄ 18).

26

Auch der Sinn und Zweck des [Ä§Ä 88 SGBÄ VI](#) steht der Anwendung des [Ä§Ä 101 AbsÄ 3 SatzÄ 3](#) iVm SatzÄ 1 undÄ 2 SGBÄ VI auf den hier zugrunde liegenden Sachverhalt nicht entgegen. Mit der Einführung des [Ä§Ä 88 SGBÄ VI](#) sollte nach der Intention des Gesetzgebers die Situation für Hinterbliebene in Abkehr von einem bloßen Zahlbetragsschutz, den noch die Vorgängerregelungen in [Ä§Ä 1253 AbsÄ 2 SatzÄ 5](#), [Ä§Ä 1268 AbsÄ 2 SatzÄ 2](#) und [Ä§Ä 1290 AbsÄ 3 SatzÄ 3 RVO](#) vorsahen, durch Hinwendung zu einem Besitzschutz aller pEP verbessert werden, damit die Folgerente auf Basis der Vorrente dynamisiert geleistet werden kann (vgl

---

[BTDrucks 11/4124 SÄ 173](#) zu [Ä§Ä 87 SGBÄ VI](#)). Damit sichert das Gesetz das bisherige Rentenniveau, wahrt den erworbenen Lebensstandard des Versicherten und seiner Hinterbliebenen und schÄ¼tzt ihr Vertrauen auf den Fortbestand der existenzsichernden Rentenleistungen in bisheriger HÄ¼he (vgl BSG Urteil vom 20.3.2013 Ä [BÄ 5Ä R 2/12Ä RÄ](#) SozR 42600 Ä§Ä 88 NrÄ 2 RdNrÄ 18). Der besondere Besitzschutz der Hinterbliebenenrenten geht jedoch nicht so weit, dass eine nachträ¼gliche Ä¼nderung der EP des Versicherten, die der Rente zugrunde liegen, und eine Aufhebung der Bewilligung schlechthin ausscheidet. Zwar ist dem Wortlaut des [Ä§Ä 88 AbsÄ 2 SatzÄ 1 SGBÄ VI](#) keine Aussage zum zeitlichen Umfang des Besitzschutzes zu entnehmen. Die Vorschrift selbst verH¼hlt sich auch nicht zu einer Eingriffsermä¼chtigung. In der EntwurfsbegrÄ¼ndung zu [Ä§Ä 88 SGBÄ VI](#) ist allerdings ausgefÄ¼hrt, dass [Ä§Ä 88 SGBÄ VI](#) die Regelungen der [Ä§ÄÄ 44Ä](#) ff SGBÄ X unberÄ¼hrt IÄ¼sst (vgl Entwurf eines Gesetzes zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung , [BTDrucks 11/4124 SÄ 173](#) zu [Ä§Ä 87 SGBÄ VI](#)). Dies bezog sich zwar insbesondere auf die Anwendung der sog Aussparung nach [Ä§Ä 48 AbsÄ 3 SGBÄ X](#). Die im Referentenentwurf noch vorgesehene ausdrÄ¼ckliche ErwÄ¼hnung nur von [Ä§Ä 48 AbsÄ 3 SGBÄ X](#) findet sich im Regierungsentwurf aber nicht mehr. Stattdessen verweist die BegrÄ¼ndung insgesamt auf [Ä§ÄÄ 44Ä](#) ff SGBÄ X. Dass diese allgemeinen Vorschriften im Rahmen des [Ä§Ä 88 AbsÄ 2 SGBÄ VI](#) nicht gelten sollen, ist nicht ersichtlich (siehe auch DÄ¼nn/Heckenberger in GKSGBÄ VI, Stand 8/2021, Ä§Ä 88 RdNrÄ 17; Zweng/Scheerer/Buschmann/DÄ¼rr, Handbuch der Rentenversicherung, TeilÄ II, SGBÄ VI, Stand 6/2020, Ä§Ä 88 RdNrÄ 33Ä ff). Mit den allgemeinen Aufhebungsvorschriften wird dem rechtsstaatlichen Gebot zur gerechten AbwÄ¼gung zwischen dem schutzwÄ¼rdigen Bestandsinteresse des Versicherten bzw Hinterbliebenen und dem gleichfalls zu schÄ¼tzenden Ä¼nderungsinteresse der Versichertengemeinschaft Rechnung getragen (zu [Ä§Ä 48 SGBÄ X](#) vgl auch BSG Urteil vom 18.7.1996 Ä [4Ä RA 108/94Ä](#) [SozR 32600 Ä§Ä 300 NrÄ 7](#) SÄ 27 = juris RdNrÄ 32). Tritt eine nachträ¼gliche Ä¼nderung ein, ist diese zu berÄ¼cksichtigen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen fÄ¼r eine Korrektur gegeben sind. So wird gewÄ¼hrleistet, dass Bezieher einer Folgerente nicht bessergestellt werden als diejenigen, die durchgehend die gleiche Rente beziehen (vgl auch Zweng/Scheerer/Buschmann/DÄ¼rr, Handbuch der Rentenversicherung, TeilÄ II, SGBÄ VI, Stand 6/2020, Ä§Ä 88 RdNrÄ 33).

27

KÄ¼nnen damit grundsÄ¼tzlich die allgemeinen Vorschriften der [Ä§ÄÄ 44Ä](#) ff SGBÄ X Anwendung finden, sind keine Anhaltspunkte ersichtlich, warum dies nicht auch fÄ¼r die spezielle Aufhebungsvorschrift des [Ä§Ä 101 AbsÄ 3 SatzÄ 2 SGBÄ VI](#) gelten sollte. FÄ¼r die besondere Situation einer AbÄ¼nderung des Versorgungsausgleichs sieht [Ä§Ä 101 AbsÄ 3 SatzÄ 3](#) iVm SatzÄ 2 SGBÄ VI die Aufhebung eines Rentenbescheids (SatzÄ 2 HalbsatzÄ 1) ohne die Anwendung von [Ä§ÄÄ 24](#) undÄ [48 SGBÄ X](#) vor (SatzÄ 2 HalbsatzÄ 2; siehe dazu Zweng/Scheerer/Buschmann/DÄ¼rr, Handbuch der Rentenversicherung, TeilÄ II, SGBÄ VI, Stand 3/2017, Ä§Ä 101 RdNrÄ 17b). Durch diese Regelung werden die familienrechtlichen Gestaltungen im Rentenversicherungsrecht nachvollzogen.

28

Dass sich dabei Ä wie hierÄ erhebliche Einschnitte fÄ¼r die Hinterbliebenen

---

ergeben können, folgt aus der angeführten zivilrechtlichen Rechtsprechung, wonach im Fall eines Antrags des Ausgleichspflichtigen wegen einer wesentlichen Wertänderung eines nach dem bis zum 31.8.2009 geltenden Recht durchgeführten Versorgungsausgleichs im Fall des Vorversterbens des Ausgleichsberechtigten ein Versorgungsausgleich insgesamt nicht stattfindet (siehe II.1.b; vgl BGH Beschluss vom 5.6.2013 [XII ZB 635/12](#) juris RdNr 16 ff; BGH Beschluss vom 16.5.2018 [XII ZB 466/16](#) juris RdNr 14; BGH Beschluss vom 20.6.2018 [XII ZB 624/15](#) juris RdNr 10; BGH Beschluss vom 5.2.2020 [XII ZB 147/18](#) juris RdNr 22). Die für die Hinterbliebenen entstehenden Versorgungseinschnitte sind nach der familienrechtlichen Wertung dem Umstand geschuldet, dass es sich bei der möglichen Begünstigung von Hinterbliebenen grundsätzlich nur um eine mittelbare Folge des Versorgungsausgleichs handle (vgl BGH Beschluss 5.6.2013 [XII ZB 635/12](#) juris RdNr 23 mwN; BGH Beschluss vom 16.5.2018 [XII ZB 466/16](#) juris RdNr 30; BGH Beschluss vom 20.6.2018 [XII ZB 624/15](#) juris RdNr 25). Die Rechtsstellung des Ausgleichsberechtigten, von der sich der Hinterbliebenenschutz ableite, sei von vornherein mit dem Risiko behaftet, dass sie, im Falle des Vorversterbens des Ausgleichsberechtigten und einer wesentlichen Wertänderung eines in den Ausgleich eingezogenen Anrechts, wegfallen könne (vgl OLG Frankfurt Beschluss vom 28.7.2021 [3 UF 55/21](#) juris RdNr 34). Die Friktionen im Einzelfall seien im Interesse des Übergangs auf das neue Recht hinzunehmen (vgl BGH Beschluss vom 20.6.2018 [XII ZB 624/15](#) juris RdNr 22; BGH Beschluss vom 16.5.2018 [XII ZB 466/16](#) juris RdNr 27; KG Berlin Beschluss vom 22.2.2016 [13 UF 256/15](#) juris RdNr 17).

29

Tatsächlich handelt es sich um ein zeitlich begrenztes Problem des Übergangs vom bis zum 31.8.2009 geltenden System des Versorgungsausgleichs auf das seit dem 1.9.2009 gültige System. Nur wenn der öffentlichrechtliche Versorgungsausgleich bei der gesetzlichen Rentenversicherung nach früherem Recht zunächst rechtskräftig zugunsten eines Ehegatten durchgeführt wurde und dieser Ehegatte sodann verstirbt, führt dies dazu, dass im Falle einer wesentlichen Wertänderung der überlebende Ehegatte sein während der Ehezeit erworbenes Anrecht ab dem Zeitpunkt der Antragstellung ungeteilt zurückerhält.

30

Würde man die im Familienrecht nachträglich vorgenommene Umverteilung der EP im Rentenrecht nicht berücksichtigen, würde die Hinterbliebenenrente einen größeren Schutz genießen als die Versichertenrente im Fall einer Abänderung des Versorgungsausgleichs wegen einer wesentlichen Wertänderung zu Lebzeiten des Versicherten genossen hätte. Zwar würde in einem solchen Fall der Versorgungsausgleich nicht insgesamt rückgängig gemacht, sodass sich die Änderung nicht so gravierend auf die Rentenhöhe auswirken würde wie das bei einer Änderung nach dem Versterben der Berechtigten der Fall ist. Die Versichertenrente würde aber nach [§ 101 Abs 3 SGB VI](#) entsprechend der Abänderung des Versorgungsausgleichs mit Zu oder Abschlägen versehen. Blicke die Abänderung des Versorgungsausgleichs beim Hinterbliebenen ohne

---

Auswirkung, wÄ¼rde dies zu einem nicht nachvollziehbaren Wertungswiderspruch im Hinblick auf den grundrechtlichen Schutz der beiden Leistungen fÄ¼hren. FÄ¼r die Versichertenrente des SGBÄ VI ist der Eigentumsschutz des ArtÄ 14 AbsÄ 1 GG in stÄndiger Rechtsprechung anerkannt (vgl zB BVerfG Beschluss vom 11.11.2008 Ä [1Ä BvL 3/05Ä](#) uaÄ [BVerfGE 122, 151](#), 180 = SozR 42600 Ä§Ä 237 NrÄ 16 RdNrÄ 76 mwN; BSG Urteil vom 18.10.2023 Ä [BÄ 5Ä R 49/21Ä RÄ](#) juris RdNrÄ 17 mwN Ä zur VerÄffentlichung in BSGE und SozR vorgesehen). Im Gegensatz hierzu unterfÄhlt die Hinterbliebenenversorgung nicht dem Eigentumsbegriff des ArtÄ 14 AbsÄ 1 GG (vgl BVerfG Beschluss vom 18.2.1998 Ä [1Ä BvR 1318/86Ä](#) uaÄ [BVerfGE 97, 271](#) = SozR 32940 Ä§Ä 58 NrÄ 1, juris RdNrÄ 57Ä ff; BVerfG Beschluss vom 1.3.2010 Ä [1Ä BvR 2584/06Ä](#) [BVerfGK 17, 120](#) Ä juris RdNrÄ 20; BSG Urteil vom 20.1.2021 Ä [BÄ 13Ä R 5/20Ä RÄ](#) [BSGE 131, 202](#) = SozR 42600 Ä§Ä 88 NrÄ 4, RdNrÄ 32). Es handelt sich um eine vorwiegend fÄ¼rsorgerisch motivierte Leistung, die im Rahmen des dem Sozialversicherungssystem eigenen Gedankens des sozialen Ausgleichs der Sicherung von FamilienangehÄrigen dient; sie wird ohne eigene Beitragsleistung des RentenempfÄngers und ohne erhÄhhte Beitragsleistung des Versicherten gewÄhrt (vgl BSG Urteil vom 20.1.2021 Ä [BÄ 13Ä R 5/20Ä RÄ](#) [BSGE 131, 202](#) = SozR 42600 Ä§Ä 88 NrÄ 4, RdNrÄ 33 mwN).

31

Ein trotz der AbÄnderung des Versorgungsausgleichs fortwÄhrender Besitzschutz aus [Ä§Ä 88 AbsÄ 2 SatzÄ 1 SGBÄ VI](#) wÄ¼rde auch dem in der EntwurfsbegrÄndung zur Neufassung von [Ä§Ä 101 AbsÄ 3 SatzÄ 1 bis 3 SGBÄ VI](#) durch das VAStRefG genannten Ziel der Kosteneinsparung zuwiderlaufen (vgl [BTDrucks 16/10144 SÄ 100](#) zu NummerÄ 5; siehe II.1.a.bb sowie Kuklok in GKSGBÄ VI, Stand 12/2021, Ä§Ä 101 RdNrÄ 51). WÄren die der Hinterbliebenenrente nach [Ä§Ä 88 AbsÄ 2 SatzÄ 1 SGBÄ VI](#) zugrunde gelegten pEP der verstorbenen Versicherten auch im Fall einer Totalrevision eines Versorgungsausgleichs â¶¶auf Nullâ¶¶ unverÄnderbar, wÄ¼rde eine Doppelleistung aus einem Anrecht eintreten. Im hier zu entscheidenden Fall wÄ¼rde sowohl der frÄhere Ehemann der Verstorbenen aus dem ihm rÄckÄbertragenen Anrecht eine Versorgung erhalten als auch der KlÄger im Rahmen der groÄen Witwerrente. FÄ¼r die Aufwendungen zugunsten des KlÄgers kÄnnte der beklagte RentenversicherungstrÄger keine Erstattung bei dem anderen TrÄger der Versorgungslast verlangen (vgl [Ä§ÄÄ 225, 290 SGBÄ VI](#)). Die KostenneutralitÄt des Versorgungsausgleichs ist zwar kein Äbergesetzliches Strukturprinzip und vermag allein eine EinschrÄnkung des [Ä§Ä 88 AbsÄ 2 SatzÄ 1 SGBÄ VI](#) nicht zu rechtfertigen (vgl BSG Urteil vom 20.3.2013 Ä [BÄ 5Ä R 2/12Ä RÄ](#) SozR 42600 Ä§Ä 88 NrÄ 2 RdNrÄ 19Ä f). FÄ¼r die Frage nach Regelungskonzeption und Zweck eines Gesetzes kommt den Gesetzesmaterialien, in denen sich regelmÄÄig die im Verfahren als wesentlich erachteten Vorstellungen der am Gesetzgebungsverfahren beteiligten Organe und Personen finden, aber eine nicht unerhebliche Indizwirkung zu (BVerfG Urteil vom 29.11.2023 Ä [2Ä BvF 1/21Ä](#) juris RdNrÄ 111 mwN).

32

c)Ä Der Senat kehrt damit nicht von der bisherigen Rechtsprechung zu [Ä§Ä 88 AbsÄ 2 SatzÄ 1 SGBÄ VI](#) im Zusammenhang mit einem Versorgungsausgleich ab

---

(vgl BSG Urteil vom 20.3.2013 [Â BÂ 5Â R 2/12Â RÂ](#) SozR 42600 [Â§Â 88 NrÂ 2](#); BSG Urteil vom 24.4.2014 [Â BÂ 13Â R 25/12Â RÂ](#) SozR 42600 [Â§Â 88 NrÂ 3](#); vgl auch BSG Urteil vom 20.1.2021 [Â BÂ 13 R 5/20Â RÂ](#) [BSGE 131, 202](#) = SozR 42600 [Â§Â 88 NrÂ 4](#)). Im Gegensatz zu dem hier zu entscheidenden Fall lag diesen Entscheidungen gerade keine (familiengerichtliche) AbÄnderung des Versorgungsausgleichs in Form einer Totalrevision â auf Nullâ nach Bewilligung der Hinterbliebenenrente zugrunde. Dort ging es auch nicht um die HÄhe einer Hinterbliebenenrente aus der Versicherung eines Versicherten, der nach dem frÄheren Versorgungsausgleichsrecht ausgleichsberechtigt gewesen war. Vielmehr hatten die verstorbenen (ausgleichsverpflichteten) Versicherten bereits zu ihren Lebzeiten beim beklagten RentenversicherungstrÄger aufgrund von Anpassungs- und HÄrteregelelungen des Versorgungsausgleichsrechts erfolgreich die Aussetzung der KÄrzung ihres Rentenanspruchs aus dem Versorgungsausgleich beantragt (sog RÄckausgleich) und eine ungekÄrzte Versichertenrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung bezogen (vgl BSG Urteil vom 20.3.2013 [Â BÂ 5Â R 2/12Â RÂ](#) SozR 42600 [Â§Â 88 NrÂ 2](#); BSG Urteil vom 24.4.2014 [Â BÂ 13Â R 25/12Â RÂ](#) SozR 42600 [Â§Â 88 NrÂ 3](#)). Streitig war allein, ob infolge des RÄckausgleichs, der bereits den Versicherten zugutegekommen war, auch im Rahmen einer sich an die Versichertenrente anschlieÄenden Hinterbliebenenrente sÄmtliche pEP zu berÄcksichtigen waren, die dem betroffenen Versicherten ohne DurchfÄhrung des Versorgungsausgleichs zugestanden hÄtten. Das ist nach der Äbereinstimmenden Rechtsprechung des 5. und des frÄheren 13.Â Senats des BSG zu bejahen (vgl BSG Urteil vom 20.3.2013 [Â BÂ 5Â R 2/12Â RÂ](#) SozR 42600 [Â§Â 88 NrÂ 2 RdNrÂ 17](#); BSG Urteil vom 24.4.2014 [Â BÂ 13Â R 25/12Â RÂ](#) SozR 42600 [Â§Â 88 NrÂ 3 RdNrÂ 22](#); vgl auch BSG Urteil vom 20.1.2021 [Â BÂ 13Â R 5/20Â RÂ](#) [BSGE 131, 202](#) = SozR 42600 [Â§Â 88 NrÂ 4, RdNrÂ 28](#)). Die Entscheidung vom 20.1.2021 betraf einen Sachverhalt, in dem eine Versichertenrente Äberhaupt noch nicht bezogen wurde, sodass Â mangels VorrenteÂ [Â§Â 88 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGBÂ VI](#) von vornherein nicht zur Anwendung kam (vgl BSG Urteil vom 20.1.2021 [Â BÂ 13Â R 5/20Â RÂ](#) [BSGE 131, 202](#) = SozR 42600 [Â§Â 88 NrÂ 4, RdNrÂ 29](#)).

33

III.Â Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§Â 183 SatzÂ 1 iVm Â§Â 193 AbsÂ 1 undÂ 4 SGG](#). Der Senat hat in seine Kostenentscheidung auch die Entscheidung des LSG miteinzubeziehen, der Beklagten nach [Â§Â 192 AbsÂ 1 SatzÂ 1 NrÂ 2 SGG](#) sog Verschuldenskosten aufzuerlegen (vgl BSG Urteil vom 12.12.2017 [Â BÂ 11Â AL 28/16Â RÂ](#) juris RdNrÂ 23; BSG Urteil vom 12.12.2013 [Â BÂ 4Â AS 17/13Â RÂ](#) SozR 41500 [Â§Â 192 NrÂ 2 RdNrÂ 24](#); BSG Urteil vom 16.4.2013 [Â BÂ 14Â AS 81/12Â RÂ](#) SozR 44225 [Â§Â 1 NrÂ 2 RdNrÂ 34](#)).

34

Die Auferlegung von Verschuldenskosten im Urteil des LSG ist aufzuheben, weil die Voraussetzungen nach [Â§Â 192 AbsÂ 1 SatzÂ 1 NrÂ 2 SGG](#) nicht vorgelegen haben. Die Beklagte hat den Rechtsstreit nicht missbrÄuchlich (fort)gefÄhrt. MissbrÄuchlich wÄre die Rechtsverfolgung der Beklagten insbesondere, wenn sie offensichtlich aussichtslos wÄre (vgl [BTD Drucks 14/6335 SÂ 33](#) zu ArtÂ 1 NrÂ 65 ). Dies ist in Anlehnung an die Rechtsprechung des BVerfG zu [Â§Â 34 AbsÂ 2 BVerfGG](#),

---

auf die auch die Gesetzesbegründung Bezug nimmt (vgl Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Sozialgerichtsgesetzes , [BTDrucks 14/6335 SÄ 33](#) zu ArtÄ 1 NrÄ 65Ä Ä§Ä 192 AbsÄ 1 SatzÄ 1; siehe auch B.Ä Schmidt in MeyerLadewig/Keller/Schmidt, SGG, 14.Ä AuflÄ 2023, Ä§Ä 192 RdNrÄ 9a; Stotz in Schlegel/Voelzke, jurisPKSGG, 2.Ä Aufl 2022, Ä§Ä 192 RdNrÄ 38) der Fall, wenn die weitere Rechtsverfolgung von jedem Einsichtigen als vÄllig aussichtslos angesehen werden muss (BVerfG Beschluss vom 3.7.1995 Ä [2Ä BvR 1379/95](#)Ä juris RdNrÄ 10; BVerfG Beschluss vom 11.12.2001 Ä [1Ä BvR 1821/01](#)Ä juris RdNrÄ 1; BVerfG Beschluss vom 4.6.2019 Ä [1Ä BvR 1011/19](#)Ä juris RdNrÄ 5). Eine solche Konstellation ist hier nicht gegeben gewesen.

Ä

Erstellt am: 12.09.2024

Zuletzt verändert am: 21.12.2024